

Am 27. und 28. Oktober fand eine Ost-West-Jugendbegegnung im Gewerkschaftshaus von Stuttgart statt. Aus der DDR war eine 22köpfige Delegation entsandt worden, die Genosse Werner Freitag, Mitglied des Zentralrats der FDJ und Studierender am Industrieinstitut unserer Universität, leitete.

Vertreter des Initiatorenkreises von 50 Stuttgarter Jugendsprechern, Studentenvertreter und Jugendfunktionäre der Gewerkschaft, die zu dieser Begegnung eingeladen hatten, äußerten:

„Wir haben die Initiative ergriffen stellvertretend für die, denen es oft noch an Mut mangelt, offiziell mit den Organisationen der DDR zu sprechen. Unsere Begegnung möchten wir als eine Empfehlung an die großen westdeut-

lichen Organisationen betrachtet wissen; unserem Beispiel zu folgen.“

Es gab heiße Debatten um die Grundfragen der Entwicklung in den beiden deutschen Staaten sowohl im Forum wie auch in den einzelnen Arbeitskreisen, die spezielle Fragen bearbeiteten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen immer wieder die Problematik Entspannung und Wiedervereinigung, Demokratie und Freiheit, die Fragen der Mitbestimmung der Gewerkschaften und Probleme der Bildungspolitik.

Wir veröffentlichen heute Auszüge aus den Berichten, die Teilnehmer des Treffens aus unserer Universität kürzlich vor Mitgliedern der Fakultäts- und APO-Leitungen über ihre Eindrücke gaben.

Werner Freitag, Industrieinstitut:

Für uns ging es in diesen Tagen darum, in offener Auseinandersetzung unsere Position darzulegen und die Überlegenheit unserer Argumentation zu beweisen. Ohne Überheblichkeit können wir sagen, daß uns das ausgezeichnet gelungen ist. Viele unserer westdeutschen Gesprächspartner versuchten lediglich, eine Reihe Thesen und Behauptungen in den Raum zu werfen, die oft fundierten Beweisen entbehrten und mit unseren sachlichen und handfesten Argumenten widerlegt werden konnten. Trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten stellten wir fest, daß es dennoch gemeinsame Grundinteressen und Ausgangspunkte gab.

Das waren vor allen Dingen das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Friedens und die Ablehnung der Versuche der Bundesregierung, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen. In dieser Richtung gab es Einmütigkeit nicht nur mit den fortgeschrittensten Freunden der Naturfreunde- und der Gewerkschaftsjugend, sondern auch mit den Falken und den verschiedensten anderen Richtungen.

Zweitens wurde sichtbar, daß sich die Existenz der beiden deutschen Staaten als Realität in den Gedanken der westdeutschen Teilnehmer durchsetzt. Es gab in diesem Forum und anschließend in den Arbeitsgruppen im wesentlichen nur zwei Leute, die von der „Zone“ sprachen. Alle anderen hatten sich angewöhnt, Deutsche Demokratische Republik zu sagen.

Es gab drittens Übereinstimmung über die Ablehnung der Notstandsgesetze und der neonazistischen und neofaschistischen Umtriebe. Einige Funktionäre der Gewerkschafts- und der Naturfreundejugend behaupteten zwar, der Kampf gegen die Notstandsgesetze ginge uns absolut nichts an, da das eine „innere Angelegenheit der Bundesrepublik“ sei. Sie würden das schon hinf bekommen; sie hätten schließlich Gewerkschaften und andere demokratische Einrichtungen; sie würden die „Flecke der Demokratie“ schon wieder beseitigen.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß es nur natürlich ist, daß, wenn die Notstandsgesetze, wie offiziell erklärt, den Weg frei machen sollen für die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik im Innern und damit auch für die Vorwärtsstrategie gegen die Deutsche Demokratische Republik, der Jugend unserer Republik das nicht gleichgültig ist.

Von der Mehrheit auch der fortgeschrittenen Jugendfunktionäre wird also noch nicht verstanden, daß der Revanchismus System der Staatspolitik ist. Es gibt Verniedlichungen und Illusionen; zum Beispiel, diese Leute sind ja bloß Sonntagsgedreher; was Seeborn sagt, sei nicht ernst zu nehmen; das ist ja nur ein kleines Häuflein, die Sowjetunion ist ja stark genug usw. Auch die Tatsache, daß die Bonner Regierung das Alleinvertragsrecht für ganz Deutschland beansprucht, wird gegenwärtig nicht als ein Ausdruck dieser Politik des Revanchismus verstanden. Ich glaube, gerade auf diesem Gebiet haben wir in unserer Arbeit mit Westdeutschland noch viel zu tun. Wir brauchen die Überwindung dieser Harmlosigkeit, dieser Verniedlichung sowohl der Atomwaffenbedrohung als auch der Politik des Revanchismus in Westdeutschland. Solche Argumente, wie „Laßt erst mal die Notstandsgesetze und die MLF kommen, dann werden sich die Gewerkschaften schon rühren“, sind viel zu gefährlich und aus der Geschichte häufig bekannt, als daß wir uns darauf einlassen sollten, noch ein weiteres Mal zu warten, bis die deutschen Imperialisten die Kernwaffen in der Hand haben und loschlagen.

Wir haben übrigens in Westdeutschland gar nicht den Eindruck gehabt, man sähe und merke nichts von der Kriegsvorbereitung. Wir waren noch gar nicht lange auf der Autobahn, da standen die ersten Jeeps am Straßenrand, und jedes zweite oder dritte Fahrzeug war ein amerikanisches Militärfahrzeug. Wir fuhren an Panzern in Deckung vorüber, wir kamen durch Anspach, wo größere Einheiten von Sturmgeschützen durch die Strafen donnerten, wir haben die Raketenstellungen der amerikanischen Armee an der Staatsgrenze der DDR gesehen, direkt neben der Autobahn.

Bei vielen westdeutschen Arbeitern ist der Verlust einer Klassenposition zu bemerken. Da gibt es zum Beispiel die Theorie: Beide Staaten haben Sünden in der Bewältigung der Vergangenheit, und sie haben auch noch heute Sünden, und wenn wir überall ein bißchen polieren, kommt doch allmählich alles hin! Diese Variante besteht also in der Gleichsetzung des völlig unterschiedlichen Charakters der Machtverhältnisse der beiden deutschen Staaten.

Die dritte Variante ist der Antikommunismus. Die vierte Richtung sind die vielfältigen Illusionen von kleinen Schritten und der menschlichen Kontakte, die vielleicht zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland führen könnten. Und die sind sehr unterschiedlich.

Da gibt es Leute, die es ehrlich meinen und sagen, die Regierungen kommen nicht zusammen, also müssen wir unter uns Wege finden; und da gibt es Leute, die haben offensichtlich die Absicht, die Jugend der DDR von ihrer Regierung zu isolieren.

Was unsere Zusammenkunft nur ein Debattieren, aus dem nichts herausgekommen ist? Das kann man absolut nicht sagen. Es wurden nicht nur solche Vorurteile, von denen ich sprach, abgebaut und echte Gemeinsamkeiten im Kampf für die Lebensinteressen der Jugend sichtbar gemacht, es wurde auch deutlich, daß sich ein Umdenken in den Leitungen der westdeutschen Jugendorganisationen vollzieht. Wir

Stuttgarter Begegnung:

Wer die bessere Politik macht, hat auch die besseren Argumente



Genosse Werner Freitag, Mitglied des Zentralrats der FDJ (links), leitete die DDR-Delegation. Neben ihm Genosse Professor Erwin Herlitzius. Sie berichteten vor den Parteifunktionären über Schlusfolgerungen dieser Reise.

Foto: UFBS

Dr. Günter Stenzel, Fak.-Abt. ML/BW:

Bisher ist schon deutlich geworden, daß wir in allen Gesprächen den Inhalt bestimmen. Wir hatten die besseren Argumente, weil wir die bessere Politik machen. Wir hatten es ja auch wesentlich leichter, mit dem eigenen Vorbild, mit unserem eigenen Leben, das wir in der DDR führen, zu argumentieren. Wenn beispielsweise der Edelstahlwerker Günter Wolf aus Freital als erster Diskussionsredner im Forum auftrat und sich als junger dreißigjähriger Volkskammerabgeordneter vorstellte und anschließend bedauerte, daß ihm ein Gesprächspartner seines Alters und seiner Funktion in Stuttgart nicht gegenübergestellt werden könne, da hilft kein Argument dagegen. Das einzige war, daß der anschließende westdeutsche Diskussionsredner versuchte, Günter Wolf als Lebenslaufgefährten zu disqualifizieren.

Wir haben uns nicht verblüffen lassen. Ich habe als nächster gesprochen und erzählt, wer ich bin: Sohn eines Schlossers und einer Näherin, heute Doktor der Wirtschaftswissenschaften und Dozent an der Technischen Universität. „Vielleicht ist es Ihnen möglich, wenn Sie schon keinen dreißigjährigen Bundestagsabgeordneten haben, wenigstens einen jungen promovierten Arbeiter als Gesprächspartner für uns zu finden? Aber wir haben vergeblich gewartet.“

Prof. Dr. phil. habil. Erwin Herlitzius, Institut für Philosophie:

Unsere Delegation aus der DDR bot einen ganz normalen Querschnitt vor allem der Jugend der DDR.

Für die politische Einschätzung scheint ein wichtiger Aspekt zu sein, daß eine ganze Skala von Temperamenten und politischen Einstellungen der westdeutschen Teilnehmer eigentlich durch das Fernstudium unserer Anwesenheit zusammengebracht worden ist. Wir selbst erlebten ein Stück Bündnispolitik. Als ich dort mit Studenten sprach und u. a. sagte, ihr Anliegen müsse sein, sich mit der Gewerkschaftsjugend oder den Arbeiterjugendvertretern zu solidarisieren, rümpften sie die Nase. Es ist nicht üblich bei westdeutschen Studenten oder etwa beim ASTA, sich mit der Gewerkschaftsjugend zu vereinen. Dort aber ist das passiert. Das erscheint mir als ein sehr wichtiges Politikum dieser Fahrt.

Uns wurde vorgeworfen, wir hätten in der DDR die demokratischen Traditionen beseitigt und bei uns alles auf linksradikale Weise, also totalitär geregelt. Wir erklärten deshalb, wie sich unsere Entwicklung vollzog.

In diesem Punkt war eine Basis für uns geschaffen nachzuweisen, daß nicht wir der Liberalisierung bedürfen, sondern daß wir die demokratischen Traditionen konsequent fortgesetzt und viel höher geführt haben mit unserer eigenen Demokratie in der DDR.

Dann die Frage der Opposition. „Ihr habt keine Opposition.“ Das war Hauptargument. „Ihr habt keine Informationsfreiheit, ihr seid wenig informiert, ihr seid falsch informiert!“ Hier war es einfach nötig zu sagen, daß wir im Wesen unseres Staates eine mächtigere Opposition haben, nämlich die Opposition, die solange die Arbeiterbewegung existiert, immer gegen Militarismus, Faschismus und Krieg aufgetreten ist.

Dann die Forderung „Sprecht doch mit uns nicht dauernd vom Frieden, das wissen wir doch; alle, die im Saal sitzen, unterscheiden sich ja vom Standpunkt der Bonner Regierung“, usw. Sie nehmen es einfach zu leicht, und dazu kam dieses beinahe händerliche Vorgehen, uns etwas abzuhandeln, uns zu sagen, wir seien doch schlechter, als wir es wahrhaben wollten. Hier mußten wir immer wieder auf die Fragestellung zurückkommen.

Im Sonntagsgespräch im Arbeitskreis, zu dem auch Pastor Binder sprach, packte ich die kleine Schrift aus dem Rowohlt-Verlag „Plädoyer für eine neue Regierung“ aus und blätterte Hochhuths Beitrag über den Klassenkampf durch. (Der auch im „Forum“ abgedruckt war) und konnte nachweisen, daß die Monopole den Klassenkampf nie eingestellt haben. Pastor Binder wollte seinerseits die nationalen und demokratischen Traditionen angeknüpft wissen. „Wir haben diese Traditionen, die von Rousseau, vom Gesellschaftsvertrag, von der Gewaltenteilung bei Montesquieu ausgehen, im Grunde wieder in der Bundesrepublik als Grundlage unseres Staates.“ Er sagte auch, er müßte das Risiko der Toleranz wagen. Die Frage, welches Risiko er mit der kommunistischen Partei eingehen wolle, mußte er schweigsam quittieren.

Wir konnten in diesem Kreis positiv verbuchen, daß Freiheit zu erklären heißt, Freiheit für wen. Freiheit wovon und Freiheit wozu. Und diese „Freiheit

für wen“ ist immer eine Machtfrage, und immer mit der Macht wurde diese Frage geklärt. Nur mit der politischen Macht der Kräfte des Fortschritts kann man die Freiheit für die Mehrheit, für die fortschrittlichen Menschen sichern. Die Geschichte lehrt, wenn die fortschrittlichen Menschen die Macht aus der Hand geben, die Demokratie, die sie mit dieser Macht haben, dann müssen sie mit Millionen anderen Menschen auf die Schlachtfelder.

An dieser Stelle hakte Pastor Binder ein, um noch einmal auf den Freiheitsbegriff zurückzukommen und zuzugeben, daß er ihn teilt, daß diese „Freiheit für wen“ eine ernste Frage sei, daß es mit den Monopolen, dieser Verschlebung der Machtverhältnisse durch Wirtschaftskräfte in seinem Staat durchaus eine gefährliche Sache sei. „Freiheit wovon“ sei ein vorwiegender Aspekt seines Freiheitsbegriffes. Wenn er als Theologe spräche, dann besäße er auch eine Erklärung der „Freiheit wozu“. Aber das sei der schwächste Punkt seiner Definition.

Während man uns aber prophezeit hätte, wir würden in die ein Arbeitskreis mit Verlust abschließen, so ist doch auch an dieser Stelle ein Plus für unsere Demokratie herausgekommen. Die Berichterstattung über dieser Arbeitskreis war durch einen der Initiatoren der Schlusveranstaltung so, daß man sagen kann, sie war ein voller Erfolg.

Dr. Kurt Bismark, UGL:

Ich habe vor allem an den Auseinandersetzungen in der Arbeitsgruppe Bildung teilgenommen.

Allgemein hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß auf dem Gebiet der Bildung die DDR eine „Vormachtstellung“ hat. Was die westdeutschen Gesprächsteilnehmer, Studenten, Lehrende, Schüler, Kulturreferenten, Betriebsratsmitglieder, Asta-Vorsitzende usw., am meisten beeindruckt hat, sagten sie uns in den Pausen immer wieder. Sie konnten nicht verstehen, daß wir von der DDR-Delegation sowohl im Forum als auch in den Arbeitskreisen einheitlich und parteilich aufgetreten sind. Wovon sie am meisten Respekt hatten, war, daß wir gar nicht darauf angewiesen waren, nun etwa ständig das „Neue Deutschland“, die „Junge Welt“ oder die „Einheit“ zu zitieren, sondern daß wir unsere Argumentation vor allen Dingen am Beispiel westdeutscher Veröffentlichungen führten. Sie waren direkt entsetzt darüber, daß wir vieles besser als viele von ihnen wußten. Ein Herr Dr. Maurer, Assistent der Pädagogik und Philosophie, war eingesetzt, um gegen die üblichen Dialektiker, wie sie selbst ein geschätzter hatten, einige „Siege“ zu erringen. Er sagte unter anderem: Wenn nur fünf Prozent Arbeiter- und Bauernkinder in der Bundesrepublik studieren, habe das keine sozialen, gesellschaftlichen Ursachen, sondern das sei rein psychologisch bedingt. Viele Eltern hätten nun mal eine Antipathie dagegen, daß ihre Kinder studieren, und Ähnliches. Wir haben in der Diskussion einhellig nachgewiesen, daß das wohl ein gesellschaftliches Problem ist, daß das zusammenhängt mit der Durchbrechung des Bildungsprivilegs,



Immer wieder brachten die Redner auf der zweitägigen Beratung der Ost-West-Jugendbewegung in Stuttgart ihre Sorge über den Druck der Bonner Regierung nach Atomwaffen und Notstandsgesetzgebung zum Ausdruck. Unser Bild: Unter den Teilnehmern Angehörige der TU im Plenum. Erste Reihe Prof. Dr. Herlitzius, (Inst. f. Philosophie), Wolfgang Rudolph, Dr. rer. oec. Gustav Körner, Fakultät WM, und Dr. rer. oec. Kurt Bismark (Univ.-Gewerkschaftsleitung).

Foto: ZB/Fisch

Für die tägliche politische Arbeit

Notstand in Aktion

Bereits längere Zeit vor den so freien Wahlen zum Bundestag, die den Mann der Monopole, den Ökonomenprofessor Ludwig Erhard ins Kanzleramt brachten, warnte unsere Partei, warnte die westdeutsche demokratische Öffentlichkeit: „Wer Erhard wählt – der wählt die Notstandspolitik!“ Wer glaubt hatte, daß dieser Kanzler ein „Mann der Mitte“ sei, muß sich nun abermals von den Tatsachen überzeugen lassen:

Dem Grad der Konzentration des Monopols entspricht auch der Grad der politischen Reaktion nach innen und nach außen.

Erhard hatte sich besonders damit gebrüstet, daß die Bundesrepublik zunehmend eine „formierte Gesellschaft“ darstelle, die des Klassenkampfes entbehren könne. Zu dieser Zeit aber standen die westdeutschen Gewerkschaften und andere demokratische Kräfte bereits unter dem Feuer der Springerpresse, zu dieser Zeit wurde die verantwortungsbewußte Intelligenz diffamiert (immer ein Zeichen dafür, daß der Faschismus sich anschiebt, „blankzuziehen“) und wuchs die giftige Blüte des Revanchismus unter der Bonner Sonne.

Hochhuth hatte dokumentiert, daß der Klassenkampf keineswegs zu Ende sei. Dieser Meinung waren auch die Delegierten der westdeutschen Gewerkschaftstage. Sie beschlossen Kampfmaßnahmen. Die immer noch gutmeinenden Stimmen „So schlimm, wie es die SED macht, wird es schon nicht sein“ hätten da schon aufhorchen müssen. Viele aber wählten die Politik der Monopole, die mit der Suggestivlösung: „Sicherheit – wählt CDU“ doch eigentlich etwas ganz anderes gemeint hatten als das, was da beim Wähler angekommen war. Und dieser Wähler ist, das bestätigen in jüngster Zeit viele politische Beobachter drüben, einer der schlechtesten der Nationen Europas, was die Kenntnis der nationalen Situation anbetrifft, was die Bewältigung der Vergangenheit anbetrifft und die Erkenntnis der Lehren der Geschichte – fehlt es doch in Westdeutschland vor allem an einer geschlossenen revolutionären Arbeiterpartei.

Nun hat Erhard sich mit einer Regierungserklärung revanchiert, die es deutlich sagt, als die honigsüßen Wahlreden, die es naturgemäß nicht sollten.

Er enthüllte offen den ersten Teil des antimenschlichen Programms der Monopole: er kündigte in einer mehrstündigen Rede zehn Maßnahmen an; die, wie er sich ausdrückte, „ein hartes Muß“ seien. Natürlich nicht für die Monopole, sondern für die Werktätigen.

1. Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit
2. Ablehnung jeglicher Mitbestimmung durch die Gewerkschaften
3. Generelle Verhinderung von Lohnerhöhungen
4. Erhöhung der Verkehrstarife und zahlreicher Preise
5. Rigorose Kürzung der Bundeszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau
6. Ausbildungszulagen für Schüler werden gestrichen
7. Die Mittel für Mutterschutz – zwei Monate vor der Wahl gesetzlich bewilligt – werden zurückgenommen
8. Die im „Grünen Plan“ für die westdeutschen Bauern in Aussicht gestellten Mittel für Wirtschaften und ländliche Siedlungen werden nicht realisiert
9. Auch die Rentner sollen, wie Erhard sagt, „nicht länger Objekte staatlicher Fürsorge“ (!) sein
10. Allgemeiner Abbau der Sozialleistungen, von den Monopolen längst als „sozialer Klimbim“ diffamiert.

Man überlege, was daraus folgt! Das ist Notstand in Aktion!

Daß das alles vor Tisch nicht so klar in der Konzernpresse zu lesen war, hat man sich denken können. Dem Raubzug der Monopole und dem Abbau der Demokratie werden sich die Gewerkschaften entgegenstellen. Sie sind mitten in dieser Aktion begriffen.

Das alles beweist einmal mehr, daß der Klassenkampf in der Bundesrepublik nicht zu Ende ist. Er wird jetzt aufgenommen von denen, die ihn zu gutem Ende zu führen wissen. Im Interesse der Werktätigen und gegen diejenigen, die dem Raubzug auf die Taschen des Kriegsbürokraten folgen lassen wollen.

Tege

UZ 20/85

Seite 2